

Ohne Opposition keine Demokratie!

Zauberformel nein - dafür eine konstitutionell verankerte Opposition zum Bundesrat

Bereits Ende der 20iger Jahre hatte der spanische Philosoph Ortega y Gasset in seinem Buch "der Aufstand der Massen" auf die Gefahren eines unqualifizierten Durchschnitts der Gesellschaft hingewiesen. Später zeigten Hitler, Stalin und die auch heute leider noch sehr zahlreichen Diktatoren, was alles mit der politischen Vermassung des Menschen getan werden kann.

Illusion einer liberalen Demokratie

Seit der zweiten Hälfte des 18 Jh verbreitete sich ein wachsendes politisches Bewusstsein bei einer zunehmenden Anzahl von Menschen und bildete die wesentliche Voraussetzung zur Entstehung demokratischer Regierungsformen. Je mehr die Massen von Menschen politisch aktiviert wurden, desto mehr forderten sie zunächst Freiheit, später Mitsprache und heute, die ausschliessliche oder zumindestens massgebende Beteiligung an der Staatsgewalt.

An sich ist das gut und ganz im Sinne einer liberalen und direkten Demokratie. Aber nur solange als die Willensbildung der Menschen nicht durch einzelne Machtgruppen beherrscht oder, wie neuerdings, dank den modernen Massenmedien, derart beeinflusst wird, dass von einer freien Willensbildung gar keine Rede mehr sein kann.

Ortega y Gasset formulierte bereits 1929 als wesentliche Voraussetzung einer "liberalen Demokratie das politische Rechtsprinzip", nach welchem die "öffentliche Gewalt eine Stelle für jene frei lässt, die anders denken und fühlen als sie die Starken, als die Majorität". Genau gleich wurde das auch für die Gegenwart von Zbiginiew Brzezinski in seinem Buch "Macht und Moral" (1993) als ein in hohem Masse vorhandenes politisches Ausschliesslichkeitsdenken in einer mehrheitlich materiell ausgerichteten, permissiven Ueberflussgesellschaft definiert .

Opposition heute wieder dringend notwendig

Je mehr kleinere und grössere Gruppen versuchen, die politisch aktivierten Massen von Menschen zu beeinflussen oder durch blosse Gewalt zu beherrschen, desto mehr ist jede Demokratie, die sich zurecht als liberal bezeichnen möchte, auf eine starke und aktive Opposition angewiesen. Eigentlich trifft das auf alle Formen menschlichen Zusammenlebens zu. Jedes kreative Denken und Handeln kann nur aus einer gegenseitigen Auseinandersetzung, aus der Konfrontation gegenteiliger, selbständig gewachsener Meinungen

entstehen. Nur diese können sich wie unterschiedliche, einander ergänzende Teile zu einem harmonischen, in sich ausgewogenen und erneuerungsfähigen Ganzen zusammenfügen.

Leider ist heute, fast 60 Jahre seit dem Erscheinen des Buches von Ortega y Gasset, von diesem Idealbild einer liberalen Demokratie nicht mehr viel vorhanden. Der Individualismus, als die unabdingbare Voraussetzung demokratischer Gesellschaften, ist einer weltweiten Nivellierung von Menschen und Völkern gewichen. Wer sich nicht der Mehrheit unterordnet, der wird durch das heute dominierende politische (auch wirtschaftliche, soziale und religiös/ethnische) Ausschliesslichkeitsdenken als Feind betrachtet.

Leider ist das auch in der Schweiz so: Wer eigene Wege geht, dem wird mangelnde Solidarität vorgeworfen. Wer an Bewährtem festhält, der wird als rückständiger "statu quo -Verfechter" betitelt. Wer seiner Eigenständigkeit, seinem Land und dessen Institutionen treu bleiben will, der wird als "populistischer Rechtsextremist" beschimpft.

So wenigstens, und noch viel schlimmer, tönte es kürzlich an einem Fernsehgespräch aus dem Munde führender Persönlichkeiten der zwei grössten schweizerischen Regierungsparteien: Ursula Koch, Präsidentin der sozialistischen Partei und Franz Steinegger, Präsident der FDP. Und das nachdem sie vorher festgestellt hatten, dass eigentlich zwischen beiden Parteien vom Programm her immerweniger Unterschiede bestünden und beide den gleichen neuen (dritten) Weg suchen. Dieser Weg letztlich nur im Beitritt zur Europäischen Union gefunden werden könne. Wer dagegen sei, der habe nichts mehr in einer "modernen", in Europa integrierten Schweiz zu suchen. Deutliche Anzeichen einer fortschreitenden Nivellierung im Sinne Ortega y Gasset's.

Angriff auf die Trennung der Gewalten.

Paralell zu dieser, bei den drei grössten Regierungsparteien vor allem durch die Zauberformel aus dem Jahre 1959 geförderten Nivellierung wird neuerdings von diesen Parteien, zusammen mit allen massgebenden Entscheidungsträgern, die "classe politique", der Mehrheit der Medien und einer Gruppe besonders fanatischer EU-Beitrittsbefürworter, das aus der französischen Revolution hervorgegangene Prinzip der Trennung der Gewalten als besonderes Hindernis zur Integration der Schweiz in ein "supranationales Europa" betrachtet. Der "dritte", "moderne Weg", in Richtung EU mache deshalb einen möglichst raschen Abbau dieser Gewaltentrennung notwendig. Dabei ist diesen Kreisen offenbar gleichgültig, ob damit die Nivellierung weiter vorangetrieben und die Grundlagen einer liberalen Demokratie geschwächt werden. Alles deutet auf diese Zielsetzung hin: der Abbau der Volksrechte

und die Verwässerung der Grundrechte im Zuge der laufenden Verfassungsrevision, die neuerdings verlangte Stärkung von Bundesrat und Parlament.

Dabei erfüllen bereits jetzt weder die Bundesversammlung noch der Bundesrat ihre Aufgabe der gegenseitigen Kontrolle. Beide sind zunehmend ineinander vernetzt; ihre Standpunkte weisen in wichtigen Fragen kaum noch grundlegende Unterschiede auf; von einer eigentlichen Opposition kann keine Rede mehr sein und das angeblich schon allein aus Gründen der immer wieder als Entschuldigung angerufenen Solidarität gegenüber der als Kollegialbehörde konzipierten Regierung und der durch die Zauberformel untermauerten Konkordanz-Demokratie. Stattdessen bildet sich eine einheitliche Front mit dem Ziel, das Volk als obersten Souverän des Landes soweit als möglich zu neutralisieren oder ganz einfach seine Entscheidungen auf die Seite zu schieben, um die Schweiz für den Beitritt zur EU aufzuweichen!

Zeit zur Aenderung

Die Notwendigkeit einer Stärkung des Bundesrats wird neuerdings auch von diesem selbst erkannt. Allgemein setzt sich die Erkenntnis durch, dass der Bundesrat in allen wichtigen Fragen, ganz zu schweigen von seiner Politik gegenüber den amerikanischen Anwürfen für das Verhalten der Schweiz während dem letzten Weltkrieg, nicht sehr erfolgreich war- um nicht zu sagen, versagt hat.

Fest steht bereits heute, dass diese Schwäche kaum nur mit einer Vermehrung der Zahl der Mitglieder der obersten Landesbehörde oder einem mit besonderen Vollmachten ausgestatteten Bundespräsidenten überwunden werden kann. Die Schwächen liegen am System und nicht nur an Personen, wie das kürzlich Staatssekretär Franz Blankart sagte.

Was dem Bundesrat, aber auch der Bundesversammlung heute fehlt, ist eine echte, starke, verfassungsmässig anerkannte Opposition. Nur eine solche Opposition kann den Bundesrat zwingen, die volle politische Verantwortung für seine Regierung zu übernehmen, wieder innovativ zu werden. Dazu braucht es eben eine Aenderung des Systems, wobei an etwa folgende Lösung zu denken wäre: Ein dem Parlament, auch dem Volk direkt verantwortlicher Bundesrat, der durch ein Misstrauensvotum (oder eine entsprechende Volksinitiative) in bestimmten Fällen (zum Beispiel die Missachtung eines Volksentscheids, wie derjenige von 1992 beim Nein zum EWR-Beitritt) zur Kollektiv-Demission gezwungen werden kann. Statt der Zauberformel Uebernahme der Regierung durch eine Partei oder einer Koalition von Parteien. Zweiteilung des Bundesrats in einen Leitungsausschuss aus drei höchstens fünf in direkter

Volkswahl bestimmten Mitgliedern und einer Reihe von der Bundesversammlung zu bestätigenden Fachminister.

Erneuerung eines echten politischen Dialogs

Eine solche Opposition hätte den grossen Vorteil, alle an der Regierung des Landes beteiligten Institutionen, Bundesrat, Parlament, Kantone, politische Parteien, die “classe politique” und die Stimmbürger in den Prozess einer ständigen Auseinandersetzung zu zwingen, bei allen wieder die Bereitschaft zum Suchen der für das Land bestmöglichen Lösung zu schaffen und, statt gegenseitiger Beschimpfungen, eine neu erwachende Solidarität, einen Respekt der Minderheit durch die Mehrheit herbeizuführen.

Die wichtigste Aufgabe der Opposition wäre dabei, die Entscheidungsträger vor einer gegenseitigen Nivellierung, zu bewahren. Den Mut zu individuellem Denken und Handeln wieder neu aufleben zu lassen, den Respekt andersartiger ebenso ehrlich gemeinter Standpunkte zu fördern und die Massenmedien in ihrem ständigen gegenseitigen Ausspielen der einzelnen politischen Meinungsträger ein für allemal zurückzubinden. Schliesslich wäre erneut anzuerkennen, dass die gesündeste Basis für eine echte direkte Demokratie nicht einheitliches Denken, sondern ein sich gegenseitig befruchtender Pluralismus ist. (FW 12.11.98)